

Zwischennutzung statt Leerstand

STADTLIBEN Vorläufige Mieter sollen Wohlgefühlcharakter stärken

ORANIENBURG | Zuerst kleben Plakate an den Fenstern, dann kommen die Sprayer und Scratcher, und schließlich ist aus dem leer stehenden Laden ein Schandfleck geworden. Ein Szenario, das Stefanie Raab sehr gut aus Berlin-Neukölln kennt. Die Architektin hat es aber mit ihrer Firma geschafft, einen Teil des einstigen Problemviertels in einen Szenekiez zu verwandeln. „Niemand hätte gedacht, dass Neukölln mal in der New York Times als Geheimtipp erwähnt wird“, sagte Raab beim Dienstagsgespräch in Oranienburg.

Stadtmanagerin Caroline Uhlig lud zum dritten Mal in den „Laden“ in der Havelstraße ein, um über die noch ungenutzten Potenziale der Stadt zu reden. Dieses Mal ging es um das Thema „Zwischennutzung“ von Freiflächen, Baulücken und leer stehenden Läden.

„Leerstand kostet Geld“, betont Stefanie Raab. Neben den Betriebskosten fallen auch Instandhaltungskosten an. Ein Minusgeschäft für den Vermieter. Dabei seien gerade Initiativen, Künstler und Jungunternehmer auf der Suche nach günstigen Räumlichkeiten, so Raab. Eine Zwischennutzung bringe zwar nicht den gewünschten Mietzins, erhöhe aber den „Wohl-



Eine Zwischennutzung könnte auch den Speicher aufwerten. FOTO: A. B.

fühlcharakter einer Straße“ und „das Interesse an den Wohnungen im Haus“. Und Vandalismus sei dann auch kein Thema mehr, weiß die Architektin. Wichtigste Voraussetzung dafür sei die Kooperation von Vermietern, Interessenten und Verwaltung.

Genau daran hapere es aber in Oranienburg, beklagten Vertreter der Immobilienwirtschaft. Die Verwaltung hier sei im Vergleich zu Bernau oder Berlin zu unflexibel, wenn ein Geschäft anders ge-

nutzt werde als zuvor. Fünf Monate dauere die Bewilligung eines dafür notwendigen Antrages.

Christian Kielczynski, Stadtplanungsamtsleiter, weiß um dieses Problem. „Zuständig ist aber der Kreis“, und „die Kollegen sind nicht gerade großzügig, was ihre Genehmigungsbereitschaft betrifft“, sagte er. Raab empfahl daher eine engere Zusammenarbeit der Behörden, um Eigeninitiative nicht durch Verwaltungshandeln zu blockieren. *ab*